

Wirtschaftsmotor Windenergie Dringender Reformbedarf des Ökostromgesetzes

Wien, am 29. Oktober 2015: Bis zum Jahr 2020 könnte der Ausbau der Windenergie Investitionen in der Höhe von 2,5 Milliarden Euro ermöglichen. Mehr als 10.000 Personen wären dann am Aufbau der Windkraftwerke in den nächsten fünf Jahren beschäftigt. Durch die geänderten Marktbedingungen am Strommarkt in Europa und in Österreich ist mit dem derzeitigen Ökostromgesetz ein Windkraftausbau auf bestehendem Niveau nicht mehr möglich. Mittlerweile hat sich eine Warteschlange im Ausmaß von rund 500 MW Windkraftleistung gebildet und die später gereihten Projekte haben gar keine Realisierungschance mehr. „Um langfristig den Windkraftausbau zu sichern und das volle Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotential entfalten zu können, ist eine Änderung des Ökostromgesetzes das Gebot der Stunde“, fordert Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Mit Ende des Jahres hat die Windbranche mit dem bestehenden Ökostromgesetz 2,2 Milliarden Euro in den Ausbau der Windenergienutzung in Österreich in den Jahren 2011 bis 2015 investiert. „Damit ist die Windenergie zu einem wichtigen Wirtschaftsmotor in Österreich geworden“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft. Doch die Energiewirtschaft hat sich seit Beschluss des Ökostromgesetzes radikal gewandelt. Die Strompreise an der Börse sind so niedrig wie schon lange nicht mehr und die Regel- und Ausgleichsenergiekosten sind exorbitant hoch. Auch der Import von schmutzigem Kohle- und Atomstrom ist letztes Jahr mit 13,5 % so hoch wie nie zuvor. Die Umweltbilanz der Stromerzeugung in Österreich ist dadurch deutlich schlechter geworden.

Das bestehende Ökostromgesetz ist nicht mehr zeitgemäß

Durch die geänderten Marktbedingungen ist mit dem bestehenden Ökostromgesetz der Windkraftausbau auf derzeitigem Niveau nicht mehr möglich. „Heute können nur mehr halb so viel Windkraftprojekte einen Vertrag mit der Förderstelle erhalten wie noch vor drei Jahren und die Fördertöpfe sind bereits bis ins Jahr 2019 mit Anträgen gefüllt.“ so Moidl. Später gereihten Projekten in der Warteschlange droht der Verfall des Antrags und es besteht für sie keine Realisierungsperspektive, obwohl sie die hohen Kosten der Bewilligung bereits aufbringen mussten. Daher ist es wichtig, kurzfristig für Sicherheit für die Projekte in der Warteschlange zu sorgen.

Windkraftfirmen haben bereits reagiert

Da die Planung von Windparks mehrere Jahre dauert, haben schon einige Firmen auf die Situation reagiert. „Wir haben die Windkraftplanungen für Neuprojekte eingestellt“, berichtet Thomas Huemer, Geschäftsführer von ImWind und ergänzt: „Ohne gesicherte Rahmenbedingungen ist eine Planung von Windparks nicht möglich. Dafür braucht es mehr als ein Lotteriespiel um die Fördertöpfe.“ Auch in der Dienstleistungsbranche ist die unsichere Zukunftssituation schon spürbar. „Wir haben uns bereits von einigen Mitarbeitern trennen müssen“, berichtet Joachim Payr, Geschäftsführer der EWS Consulting und ergänzt: „Als Geschäftsmann muss ich auf die aktuelle Situation reagieren, wenn absehbar ist, dass der Windkraftausbau weniger wird.“

Windkraft als Turbo für die Wirtschaft

Mit geänderten Rahmenbedingungen könnte das bestehende Niveau des Windkraftausbaus gehalten werden. Mit der Errichtung von rund 100 Windrädern jährlich würden bis 2020 Investitionen in der Höhe von 2,5 Milliarden Euro ermöglicht. Mehr als 10.000 Personen wären am Aufbau der Windkraftwerke in den nächsten fünf Jahren beschäftigt. „Der Ausbau der Windkraft ist ein positiver Anschlag für den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt in Österreich. Der Ausbau wird aber deutlich abnehmen. Daher braucht es Reformen“, so Stefan Moidl. Notwendig wären eine Verankerung langfristiger Ziele und eine Umstellung auf ein marktkonformes System der gleitenden Marktprämie mit Direktvermarktung des Ökostromes.